

Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für soziale Angelegenheiten	
Sitzungsdatum:	24.09.2024
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Neues Rathaus Ratssaal Castellstraße 41539 Dormagen	
Datum der Niederschrift:	18.10.2024

Niederschrift – öffentlicher Teil

(10. Wahlperiode)

über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

SPD

Herr Amir Abdel Ghany
Ahmed

Sachkundiger Bürger

Herr Michael Dries

Ratsmitglied

Vertretung für Frau Jenny
Gnade

Herr Sven Schwidden

Sachkundiger Bürger

Herr Laurenz Tiegelkamp

Ausschussvorsitzender

CDU

Frau Alana Voigt

Sachkundige Bürgerin

Herr Kai Weber

Ratsmitglied

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Susanne
Stephan-Gellrich

Ratsmitglied

FDP

Herr Dirk Rosellen

Sachkundiger Bürger

Vertretung für
Frau Christiane Schwedesky

ZENTRUM

Herr Björn Freitag

Sachkundiger Bürger

7. Beratungsvorlagen

7.1. 10/1963 Ausweitung der Leistungen für Bundesfreiwilligendienstler:innen Stadt

AM Stephan-Gellrich regt an, dass zur Gewinnung möglichst vieler Interessent/innen für den Bundesfreiwilligendienst bei der Stadt Dormagen die Gewährung eines Deutschlandtickets anstelle eines Bustickets nur für Dormagen sinnvoll sein könnte. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage sei dies nachvollziehbar, sollte aber in Zukunft gerne nochmal bedacht werden.

Die Frage von AM Dries, wie hoch die Kosten für das Dormagener Busticket sind und ob man stattdessen nicht in gleicher Höhe ein Deutschlandticket bezuschussen könnte, kann in der Sitzung nicht beantwortet werden. Zur Niederschrift erfolgt hiermit die Rückmeldung, dass zwischenzeitlich entschieden worden ist, den Bundesfreiwilligendienstleistenden der Stadt Dormagen ab dem aktuellen Jahrgang alternativ zum Busticket auch das Deutschlandticket zum ermäßigten Jobticket-Preis von aktuell 29,99 Euro anzubieten.

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt allen Trägern von Freiwilligendiensten, sich bei der Höhe des Taschengeldes für die Bundesfreiwilligendienstleistenden an der vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben vorgesehenen Höchstgrenze zu orientieren und regelmäßig anzupassen.

Abstimmergebnis: Einstimmig angenommen